

KEBÖ-Jahrestagung 2019: Herausforderung Demokratie

Die diesjährige Jahrestagung der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ) fand unter dem Titel „Herausforderung Demokratie“ am 26. September in der Riverbox im Veranstaltungszentrum Catamaran in Wien statt. Michael Sturm, BFI-Geschäftsführer und aktueller KEBÖ-Vorsitzender, eröffnete die Veranstaltung gemeinsam mit ÖGB Vizepräsidentin Korinna Schumann und dem Vertreter des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF), Abteilungsleiterstellvertreter Robert Kramreither. Gudrun Hetges (Universität Köln) sprach anschließend über „Krise der Demokratie - Demokratie in der Krise“. Dabei wurde hinterfragt, ob die Demokratie in einer Krise steckt, welchen Bedrohungen sie ausgesetzt ist und was zu ihrer Rettung getan werden kann.

Am Nachmittag berichtete Michael Sturm über Aktivitäten der KEBÖ und gab Einblick in verschiedene Beiträge zur Demokratiebildung. „Was die Demokratie gefährdet und wie wir sie retten können“ erörterte Günther Ogris vom SORA-Institut für Sozialforschung und Beratung.

Folgende sechs Thesen zur Stärkung der Demokratie wurden dazu zur Diskussion gestellt:

Bildungspolitik: Bildung spielt eine wichtige Rolle für die Demokratie. Die Schule kann politische Kompetenzen stärken, wie die Kompetenzen sich zu informieren, zu diskutieren und mitzuwirken. Diese Funktion spielt in unterschiedliche Unterrichtsfächer hinein und sollte in den laufenden Bildungsreformen als Ziel gestärkt werden.

Geschichtsbewusstsein: Die Auseinandersetzung und Reflexion mit der eigenen Geschichte stärkt nachweislich die demokratische politische Kultur, die Fähigkeit zum konstruktiven Umgang mit Konflikten und Differenzen. Dieses Potenzial kann genutzt werden, indem der Unterricht der Zeitgeschichte in allen Schulformen weiter gestärkt wird.

Politische Institutionen: Die politischen und politiknahen Institutionen müssen ihre Beziehungen zu den Bürgern laufend und immer wieder überprüfen: Wo ist es möglich und sinnvoll, Mitwirkung zu ermöglichen oder zu stärken, wo gilt es, das eigene Image zu verbessern, wo kann Vertrauen (zurück)gewonnen werden?

Medien: Die Medien befinden sich gemeinsam mit dem politischen System in einer Vertrauenskrise. Zugleich hat die Art und Weise, wie Medien über Politik, Diskurs und Kompromisse sowie das Zusammenspiel der Institutionen berichten, einen wesentlichen Einfluss auf die politische Kultur. Es gilt zu überprüfen und neue Wege zu finden, wie Medien sowohl ihre Kontrollfunktion wahrnehmen als auch die Grundlagen des Vertrauens in ihre Arbeit erneuern.

Die Bürger: Politik ist anders als Unterhaltung oft kompliziert und anstrengend. Dennoch hängt es letztlich von den Bürgern und ihren Diskussionen ab, wie sich unsere Demokratie weiter entwickelt: das Zusammenspiel von Regierung und Opposition, das Verhältnis von Gerichten und Exekutive, von Medien und Politik.

Kränkungen, vor allem durch zunehmende Ungerechtigkeit der Gesellschaft, aber auch durch mangelnde Wertschätzung und Respekt, so zeigt die Forschung, haben eine starke negative Wirkung auf die politische Kultur. Jene Bürger, die Demokratie unterstützen und stärken wollen, sind daher heute auch mit der Frage konfrontiert, wie soziale Gerechtigkeit, Wertschätzung und Respekt in der Gesellschaft gestärkt werden können.